

Interview



Rainer Brüderle,

Bundesminister für
Wirtschaft und Technologie

Frage 1:

Die demographische Entwicklung und der daraus resultierende Fachkräftemangel sind Probleme, denen sich mittlerweile nicht nur Westeuropa gegenüberübersieht. Was können Politik und Wirtschaft tun, um diesem Trend entgegenzuwirken?

Die demographische Entwicklung führt zu spürbaren Engpässen auf dem Ausbildungsmarkt. Bundesregierung und Wirtschaft stellen sich dieser Situation, indem wir gemeinsam den sehr erfolgreichen Ausbildungspakt mit neuer Schwerpunktsetzung weiterentwickeln. Der Pakt soll sich von einem Instrument zur Bewältigung des Lehrstellenmangels zu einem Pakt zur Gewinnung von Fachkräften wandeln. Dabei sollen alle Potenziale erschlossen werden.

Wir werden deswegen den Blick stärker auf Jugendliche richten, die es bisher noch nicht in die Ausbildung geschafft haben. Das sind insbesondere Jugendliche aus dem Kreis der Altbewerber, Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche.

Darüber hinaus bilden Migrantinnen und Migranten, die einen beruflichen oder akademischen Abschluss im Ausland erworben haben, eine große „stille Reserve“, die es zu heben gilt. Wir werden dieses Potenzial für den Arbeitsmarkt aktivieren, um diese Fachkräfte entsprechend ihres Ausbildungsniveaus in den Betrieben einsetzen zu können. Zur besseren Integration von Migrantinnen und Migranten in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bereitet die Bundesregierung derzeit einen Gesetzesentwurf vor, der allen Migrantinnen und Migranten einen Rechtsanspruch auf ein Bewertungs- und Anerkennungsverfahren einräumt. Ziel ist, die Verfahren zur Bewertung ausländischer Qualifikationen einheitlicher, transparenter und schneller zu gestalten. In diesem Zusammenhang hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die folgenden Maßnahmen ergriffen:

Für den Bereich der beruflichen Bildung haben wir eine Grundlagenarbeit zur Schaffung eines Informationsportals in Auftrag gegeben. Das Portal soll der Verbesserung der Kompetenzfeststellung dienen und Entscheidungsträger in der Wirtschaft dabei unterstützen, transparentere, einheitlichere und schnellere Bewertungsverfahren ausländischer Qualifikationen zu entwickeln.

Die Bereitschaft der Arbeitgeber zur Einstellung von Migrantinnen und Migranten ist abhängig von verlässlichen Informationen über die Kompetenzen und Fähigkeiten der Zugewanderten. Derzeit läuft deswegen eine bundesweite Unternehmensbefragung zur inhaltlichen Gestaltung von Bescheinigungen der Kammern über ausländische Abschlüsse, damit diese aussagefähig sind und von den nachfragenden Unternehmen genutzt werden können. Die Projektergebnisse werden im Sommer vorliegen.

Frage 2:

Als rohstoffarmes Land war die Bundesrepublik stets auf technische Innovationen und auf den Schutz geistigen Eigentums angewiesen. Muss die Politik bei Plagiaten härter durchgreifen, um die außenwirtschaftlichen Interessen Deutschlands besser zu vertreten?

Die Bekämpfung der Produktpiraterie hat für die Bundesregierung einen hohen Stellenwert. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der verstärkten Durchsetzung bestehender Schutzvorschriften. Der deutsche Zoll hat allein im Jahr 2009 gefälschte Waren im Wert von 364 Millionen Euro beschlagnahmt. Auf internationaler Ebene setzt sich die Bundesregierung auf vielfältige Weise für eine Verbesserung des Schutzes des geistigen Eigentums ein. Mit zahlreichen Staaten stehen wir hierzu in einem intensiven Dialog. Auch unsere Freihandelsabkommen enthalten Verpflichtungen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte. Die Bundesregierung unterstützt im Weiteren die Verhandlungen über das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA), die seit Juni 2008 zwischen der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und einer Reihe anderer Staaten geführt werden. Ziel des Abkommens ist es, einheitliche Standards und damit einen sicheren und effizienten rechtlichen Rahmen für die internationale Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie zu schaffen.